

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Außenwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns zukunftsfähig und krisenfest aufstellen – Strategie und Schwerpunktsetzung entwickeln

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass schon die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen seit 2020 auch Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern hart getroffen haben. Nachdem sich die Wirtschaft nach dem Einbruch 2020 zwar etwas erholt, aber das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hat, hat nun auch noch der Krieg in der Ukraine in kurzer Zeit die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen weiter zum Nachteil verändert. Die immer noch bestehenden Verzögerungen und Probleme in den globalen Zuliefernetzwerken als direkte und indirekte Folge der Pandemie werden dadurch verschärft. Stark gestiegene Energiepreise und mögliche Engpässe in der Gasversorgung folgen als weitere Risiken. Das Ausmaß der eigenen Betroffenheit hängt jedoch ganz wesentlich von der Wirtschaftsstruktur eines Landes ab.
- II. Der Landtag kommt ferner zu der Erkenntnis, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auf schmerzliche Weise die Fehleinschätzung offenbart, Russland als verlässlichen Handelspartner zu verstehen. Obgleich zu keiner Zeit Russland als bedeutendster Handelspartner unseres Bundeslandes anzusehen war und sich dieser Umstand immer wieder in den geringen Zahlen des Im- und Exportes zeigte, wurde im Rahmen der politischen Leitlinienkompetenz der Ministerpräsidentin Russland zur wichtigsten Handelsdestination erklärt.
- III. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, dem Landtag im II. Quartal 2022 über die Situation der Außenwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns mit Blick auf die aktuellen Entwicklungstendenzen auf dem Weltmarkt unter Einfluss der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges und der sich daraus ergebenden Chancen und Risiken für unser Land zu berichten.

- Insbesondere soll darauf eingegangen werden,
1. wie die Landesregierung die aktuelle Entwicklung des Außenhandels in Mecklenburg-Vorpommern einschätzt, insbesondere im Vergleich zur gesamtdeutschen Entwicklung,
 2. wie die Landesregierung in diesem Zusammenhang den Stand des Auslandsengagements mecklenburgischer und vorpommerscher Unternehmen bewertet, insbesondere mit Blick auf deren Handelsbeziehungen, Auslandsinvestitionen, Kooperationen, Gründung von Niederlassungen und Handelsprodukte.
 3. mit welchen finanziellen und politischen Instrumentarien die Landesregierung die Wirtschaft im Land zur Erschließung ausländischer Märkte unterstützt.
 4. wie die Landesregierung die Wirksamkeit von Delegationsreisen, Außenhandelskonferenzen, nationalen und internationalen Handelsmessen und anderen Plattformen für einen über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden wirtschaftlichen Austausch bewertet.
 5. welche Branchen und welche Zielmärkte zukünftig in besonderem Maße berücksichtigt und unterstützt werden sollen.
- IV. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Grundlage der Ergebnisse gemeinsam mit den Handelskammern und Verbänden, Vertretern des Handwerks und des Mittelstandes, der Hochschulen und Universitäten des Landes
1. Schwerpunkte für eine Stärkung und in Teilen notwendigen Neuausrichtung der Außenwirtschaft festzulegen.
 2. eine Strategie zur Förderung der Außenwirtschaft zu erarbeiten und diese dem Landtag spätestens im I. Quartal 2023 vorzulegen.
 3. im Folgenden alle zwei Jahre über den Stand der Entwicklung der Außenwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns dem Landtag und der Öffentlichkeit zu berichten.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Nationale und globale Wettbewerbsherausforderungen kündigten bereits vor Beginn der Corona-Pandemie das Anstehen eines umfangreichen Transformationsprozesses für unsere Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern an.

Die dann Ende 2019 ausgebrochene Corona-Virus-Krankheit und der ganz aktuelle Überfall Russlands auf die Ukraine haben spürbare Auswirkungen auf deutsche und mecklenburg-vorpommersche Unternehmen, die in der Folge diesem Prozess eine große, in dieser Form unerwartete Dynamik verleihen.

Stark gestiegene Energiepreise und Lieferengpässe stellen für eine Mehrheit der Unternehmen eine große oder sehr große Belastung, insbesondere deren Wettbewerbsfähigkeit dar. Die Lieferengpässe der letzten Monate haben bereits zu hohen Anstiegen der Erzeugerpreise in Deutschland geführt. Sie lagen zuletzt um 26 Prozent über dem Vorkrisenniveau von Anfang 2020. Nun löst der Ukrainekrieg weitere umfangreiche Probleme und Anpassungslasten aufseiten unserer Unternehmen aus.

Auch wenn Russland als Absatzmarkt und Produktionsstandort für unser Land kaum eine Bedeutung hat, nimmt es jedoch eine besondere Rolle für den deutschen Außenhandel und die deutsche Wirtschaft bei Rohstoffen, insbesondere Energierohstoffen, ein. Viele Unternehmen, auch ohne Produktion oder direkte Absatzbeziehungen zu Russland und der Ukraine sind bereits von ausfallenden Lieferungen betroffen. Vielfältige Rohstoffe, die für industrielle Produktionsprozesse eine wichtige Rolle spielen, müssen anderweitig organisiert werden, Produktionen geraten ins Stocken oder stehen teilweise still.

Die starke Betroffenheit unserer Handels- und Tourismusbranche, die Insolvenz der MV Werften und die für die Jahresmitte angekündigte Verlagerung eines Produktionsteils der Nordex Energy am Standort Rostock ins Ausland, als mittelbare Folgen der Pandemie oder des Ukrainekrieges, machen beispielhaft ihre Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und mit ihnen die Notwendigkeit des Aufbaus einer krisenfesteren Wirtschaftsstruktur deutlich. Das wiederum bedarf einer Strategie und der Unterstützung der Landesregierung.